

R e d e

des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED
und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich
Honecker, auf der Tagung des Politischen Beraten-
den Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer
Vertrages am 7./8. Juli 1989 in Bukarest

Werte Genossen!

Unsere diesjährige Tagung findet in einer politisch sehr bewegten Zeit statt. Die positiven Tendenzen in der Entwicklung der internationalen Lage wurden vor allem im Ergebnis des dynamischen außenpolitischen Wirkens der UdSSR und der anderen sozialistischen Staaten verstärkt. Zugleich wird die sich anbahnende Entwicklung von der Konfrontation zur Kooperation durch die Gegenangriffe der aggressivsten Kräfte des Imperialismus verlangsamt. Das erfordert von unserem Bündnis eine klare Kursbestimmung und Entscheidungen.

Mit gutem Gewissen können wir sagen, daß unser gemeinsames Friedensprogramm Bestandteil internationaler Politik geworden ist und sich immer mehr gesellschaftliche Kräfte daran orientieren. Der historische INF-Vertrag wird zügig verwirklicht und gilt als Beispiel für kommende Vereinbarungen. Die Verhandlungen über konventionelle Waffen haben sachlich begonnen. Es spricht für unsere Arbeit, wenn die Frage der taktischen Kernwaffen auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

74

Unser Gesamtkonzept für Abrüstung nach dem Prinzip der gleichen und unverminderten Sicherheit aller Teilnehmer erschwert es dem Imperialismus, mit der Lüge von der Gefahr aus dem Osten weitere Fortschritte aufzuhalten. Die Koalition der Kräfte der Vernunft und des Realismus hat an Breite und Gewicht gewonnen. Eine wachsende Zahl von Staaten beteiligt sich intensiv am politischen Dialog. Die bi- und multilateralen Beziehungen zwischen den Staaten sind im großen und ganzen berechenbarer geworden. Manche Hindernisse wurden auf dem Wege zur friedlichen Regelung internationaler Konflikte ausgeräumt. Bei allen Problemen und Rückschlägen gibt es jetzt Hoffnungsschimmer in Südostasien und Südafrika, in Afghanistan und im Persischen Golf, im Nahen Osten, am Horn von Afrika und in anderen Regionen.

Von strategischer Bedeutung ist die Normalisierung der Partei- und Staatsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China. Dem Imperialismus ist es nicht gelungen, das Potential dieses Landes zu seinen Gunsten zum Tragen zu bringen. Und wir sind überzeugt, daß die gegenwärtigen großen Schwierigkeiten bei der Realisierung der vom 13. Parteitag beschlossenen Politik dies nicht rückgängig

machen werden. Wir haben Vertrauen in die Politik der KP Chinas, deren Sache es ist, die für die Realisierung der Generallinie erforderlichen Maßnahmen zu finden und dabei das Volk einzubeziehen.

Nimmt man die internationalen Dinge, wie sie sind, können wir nicht von einer grundlegenden Wandlung zum Besseren sprechen. Aus Furcht, Abrüstung könne unumkehrbar werden, verzögert die NATO alle Verhandlungen und versucht, Zeit zu gewinnen, um durch Hochrüstung neue Tatsachen zu schaffen. Ihr Ziel bleibt, das internationale Kräfteverhältnis zu eigenen Gunsten zu verändern, militärische Überlegenheit zu gewinnen, von uns immer mehr einseitige Vorleistungen zu erreichen. Indem sie auf alle verfügbaren Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution setzt, möchte sie dem Sozialismus weiterhin ein verstärktes Wettrüsten aufzwingen. Das zeigen die Beschlüsse der Gipfeltagung der NATO vom Mai des Jahres sowie der nachfolgenden Tagung der Verteidigungsminister. Schwerpunkte des NATO-"Gesamtkonzepts für Rüstungskontrolle und Abrüstung" sind die Aufrechterhaltung der Abschreckungsstrategie und, wie es dort wörtlich heißt, die "fortwährende Modernisierung konventioneller und nuklearer Waffen".

7/10

Vordergründig wird diese Haltung zur Abrüstung ergänzt durch die Forderung, die "Teilung Europas auf der Grundlage der westlichen Werte" zu überwinden. Offenbar dominiert innerhalb westlicher Führungskreise, und das nicht nur in internen Diskussionen, die Ansicht, die Chancen, unser Gesellschaftssystem nach Vorstellungen des Westens zu ändern und zu erreichen, daß es westliche "Werte" und Lebensauffassungen übernimmt, seien heute günstiger denn je. Es ist bezeichnend, daß solche Schlagworte wie "unaufhaltsamer Niedergang des Sozialismus" oder "postkommunistische Epoche" sich immer häufiger in Reden und Einschätzungen führender NATO-Politiker finden.

So unterschiedlich die von den verschiedenen imperialistischen Kräften angewandten Methoden auch sein mögen, charakteristisch für alle ist, daß immer offener und unverhohlener auf eine Destabilisierung des Sozialismus hingearbeitet wird. Das zielt auf eine Veränderung des politischen und schließlich auch territorialen Status quo in Europa zugunsten des Imperialismus. Es ist klar, daß die Verwirklichung solcher Pläne auch künftig nicht zugelassen wird.

In dieser Situation sehen wir die wichtigsten Aufgaben darin, die nationalen und internationalen Positionen des Sozialismus zu konsolidieren und dem Abrüstungsprozeß Kontinuität und neue Dynamik zu verleihen. Darauf hat sich unser Bündnis bereits mit seinem Abrüstungskonzept eingestellt. Doch unseres Erachtens sind größere Anstrengungen zur Mobilisierung der Weltöffentlichkeit erforderlich und müssen Initiativen unseres Bündnisses offensiver und koordinierter erfolgen. Vorankommen werden wir, das zeigt die Erfahrung, wenn wir weiterhin unsere langfristigen Ziele formulieren und zugleich die Schritte entwickeln, die in nächster Zukunft realisierbar sind.

Die DDR unterstützt voll und ganz die Bemühungen der UdSSR, die Verhandlungen mit den USA über die Halbierung der strategischen Offensivwaffen bei Einhaltung des ABM-Vertrages voranzubringen. Diese Verhandlungen behalten ihre Schlüsselstellung für die Perspektive des gesamten Abrüstungsprozesses.

Im europäischen Bereich sind es die taktischen Kernwaffen und die konventionelle Abrüstung, denen in der gegenwärtigen

Etappe und auf absehbare Zeit unsere besondere Aufmerksamkeit gehört. Wir haben bewußt die Losung "Von Null-Lösung zu Null-Lösung" geprägt.

Die Erklärungen von Bush und die Entscheidungen der NATO sind ein Versuch, Zeit zu gewinnen zugunsten der Produktion und letztlich der Stationierung neuer Kernwaffen. Faktisch ist dort die Einführung einer neuen Generation von Kurzstreckenraketen unter 500 km beschlossen. Umso konsequenter sollten wir den Einstieg in Konsultationen und Verhandlungen, wie in der Erklärung der Berliner Tagung des Außenministerkomitees vorgeschlagen, weiterverfolgen. Wir sollten unbeirrt unser Verhandlungskonzept zu taktischen Kernwaffen auch mit Teilschritten weiter ausarbeiten und es schnellstens veröffentlichen. Dabei können wir an Forderungen der SPD anknüpfen, die ebenfalls für eine dritte Null-Lösung eintritt.

Vor allem gilt es, rechtzeitig vor 1992, wenn die NATO über die Stationierung entscheiden will, eine Lage herbeizuführen, die diese Stationierung verhindert und ein erneutes Ausweichen vor Verhandlungen äußerst erschwert. Dies bleibt

eines der besonderen Sicherheitsanliegen der Teilnehmerländer unseres Paktes.

Wir sehen aber dieses Problem nicht nur unter dem Aspekt, daß ohne Berücksichtigung der taktischen Kernwaffen die Kriegsgefahr nicht abgebaut wird, neue nukleare Asymmetrien aufgebaut werden und die konventionelle Abrüstung erschwert wird. Noch gefährlicher ist, daß eine neue Runde des Wettrüstens droht, denn eine Erneuerung der taktischen Kernwaffen würde mit großer Wahrscheinlichkeit eine Modernisierung auch anderer Waffenkategorien nach sich ziehen. Wir würden in den Sog von Modernisierung und Remodernisierung, d.h. in ein neues Wettrüsten gelangen. Das wäre ein Rückfall in den kalten Krieg. Deshalb halten wir es mit unserem Ziel einer kernwaffenfreien Welt für realistisch, in unserem Sinne stärker auch an Auffassungen anzuknüpfen, die sich die Welt auf absehbare Zeit aus verschiedensten Gründen noch nicht ohne ein gewisses Minimum an Kernwaffen vorstellen können.

Wo dies ein wirkliches Anliegen ist und nicht etwa Kompensation oder qualitatives Wettrüsten, dort sollte es doch Möglichkeiten geben, zu akzeptablen Übereinkünften zu

kommen. Das müßte unseres Erachtens auch eine Schlußfolgerung aus den Ergebnissen des Brüsseler NATO-Gipfels sein, um den Kampf für Abrüstung mit aller Kraft fortzusetzen und die Einführung der genannten Waffensysteme ab 1992 zu verhindern. Darin bestärken mich auch alle meine Begegnungen mit westlichen Politikern während der letzten Zeit.

Eindringlich bestätigt sich unsere gemeinsame Einschätzung, daß von Fortschritten bei der konventionellen Abrüstung in Europa wesentliche Weichenstellungen für die künftige Entwicklung auf dem Kontinent insgesamt wie auch für andere Teilbereiche der Abrüstung abhängen. Deshalb ist es von großer Bedeutung, daß unser Bündnis für die wichtige Anfangsphase der Wiener Verhandlungen ein weitreichendes und konkretes Vorschlagspaket vorbereitet hatte, das auf den Warschauer Beschlüssen des Politischen Beratenden Ausschusses aufbaut. Wir schätzen vor allem die von der UdSSR dafür geleistete Arbeit hoch ein.

Zu einem großen Teil ist es auf diese offensive Position zurückzuführen, daß die NATO unsere Forderungen nicht länger unberücksichtigt lassen und sich ihnen nicht gänzlich

verschließen konnte. Dabei übersehen wir nicht den demagogischen Charakter des Bush-Vorschlages, seine auf einseitige Vorteile hinauslaufenden Elemente, vor allem nicht seine eigentliche Funktion, die Verhandlungen über taktische Kernwaffen zu erschweren und auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben.

Bei der konventionellen Abrüstung muß unser Bündnis in der Offensive bleiben. Die NATO darf keine Atempause bekommen. Die Verhandlungen schnellstmöglich zu einem Ergebnis zu führen, ist schließlich keine Idee von Bush, sondern der Vorschlag der Staaten des Warschauer Vertrages. Wir müssen mit jedem unserer Vorschläge in den Verhandlungen, vor allem aber in der internationalen Öffentlichkeit arbeiten. In diesem Zusammenhang halten wir es für notwendig, auch der Auseinandersetzung mit der Lüge von der militärischen Bedrohung durch die Sowjetunion und durch den Warschauer Vertrag sowie mit der NATO-Doktrin der nuklearen Abschreckung größere Aufmerksamkeit zu widmen. Wie die Dokumente des NATO-Gipfels belegen, reagiert die NATO sowohl mit gesteigerter Verleumdung als auch mit neuen

Vorbedingungen in den Verhandlungen. Das sollten wir in unserer weiteren Arbeit mit der Militärdoktrin unseres Verteidigungsbündnisses berücksichtigen. Wir haben vor, unsere nationale Militärdoktrin, die auf unserer gemeinsamen Auffassung basiert, zu präzisieren und zu gegebener Zeit zu veröffentlichen.

Wir befürworten, daß das Problem der Seestreitkräfte jetzt umfassend und komplex ausgearbeitet wird. Damit schließen wir die letzte Lücke in unserer Abrüstungskonzeption. Eine solche Initiative wurde gerade auch von Vertretern kapitalistischer Länder auf dem jüngsten Berliner Treffen für kernwaffenfreie Zonen nachdrücklich gefordert.

Die Situation bei den Verhandlungen über das globale Verbot chemischer Waffen gibt allen Grund zur Sorge. Die Pariser Konferenz im Januar zeigte deutlich das Bemühen der NATO-Mächte, statt eines Verbots der chemischen Waffen ein Verbot ihrer Weiterverbreitung in der dritten Welt herbeizuführen. Die DDR hat auf der Genfer Abrüstungskonferenz Vorschläge unterbreitet, wie unserer Ansicht nach

83

die Bemühungen um die Lösung noch offener Fragen intensiviert werden könnten. Wir bereiten eine internationale Probeinspektion in der chemischen Industrie vor. Seit Mai dieses Jahres steht in Dresden dafür eine Anlage zur Verfügung.

Der BRD haben wir vorgeschlagen, bi- und multilaterale Probeinspektionen für das Verfahren in Verdachtsmomenten im militärischen Bereich durchzuführen.

Um insgesamt weiterzukommen, schlagen wir vor, im Außenministerkomitee oder in der Abrüstungskommission Initiativen zu erarbeiten, die geeignet sind, neue Bewegung in die Verhandlungen zu bringen und die destruktive Haltung der USA und anderer NATO-Staaten zu entlarven. Wir werden parallel dazu unsere Aktivitäten für eine chemiewaffenfreie Zone mit dem Ziel fortsetzen, den Druck für eine baldige globale Lösung zu erhöhen.

Mit unserer Konzeption vom gemeinsamen europäischen Haus, die Michail Sergejewitsch Gorbatschow gestern in seiner Rede vor dem Europarat in Strasbourg so überzeugend darlegte, besitzen wir eine wertvolle Idee für die Entwicklung Europas

in den 90er Jahren. Bei der Weiterentwicklung dieser Initiative gilt es zu beachten, daß auch Westeuropa die praktische Ausgestaltung dieses Konzepts vorantreibt. Deshalb steht vor unseren Staaten jetzt die Aufgabe, unser Konzept für die europäische Entwicklung, so, wie es im militärischen Bereich der Fall ist, praktikabel aufzuarbeiten und dadurch die Initiative zu wahren und auszubauen. Die in der Gemeinsamen Erklärung zum Besuch von Genossen Michail Gorbatschow in der BRD formulierten Ziele und Prinzipien der Friedenssicherung, der Entspannung und des gleichberechtigten Zusammenlebens von Staaten unterschiedlicher sozialer Ordnung bei Wahrung des politisch-territorialen Status quo bieten dafür gute Anknüpfungspunkte. All das sollte nunmehr durch gemeinsame realisierbare bi- und multilaterale Vorschläge untersetzt werden.

In diesem Zusammenhang einige Bemerkungen zu den Europäischen Gemeinschaften, die auch zu den Realitäten des gemeinsamen europäischen Hauses zählen und dort keinen unbedeutenden Platz beanspruchen werden. Die Dynamik westeuropäischer Integrationsprozesse führt zu qualitativen

Veränderungen auf unserem Kontinent, die zunehmend auch unsere Interessen berühren. Das betrifft die Entwicklung hin zum EG-Binnenmarkt mit all ihren politischen und ökonomischen Konsequenzen ebenso wie die sogenannte sicherheitspolitische Kooperation Westeuropas und die intensiver werdenden Diskussionen über eine Politische Union der EG-Staaten. Deshalb halten wir es für dringend geboten, sich auf der Ebene der Außenminister über unsere nächsten europolitischen Aktionen zu verständigen, damit wir durch gemeinsames Vorgehen, das eigenständiges Handeln einschließt und erfordert, unseren Einfluß auf kommende Entwicklungen sichern.

Für das künftige Gesicht Europas ist die Entwicklung in der BRD von nicht zu unterschätzendem Gewicht. Wir werten den Besuch des Genossen Michail Gorbatschow in der BRD als einen bedeutenden Beitrag zur weiteren Verbesserung der Lage in Europa und teilen die Einschätzung, die er dazu gegeben hat.

Die Politik der BRD als zweitstärkster militärischer und drittstärkster ökonomischer Macht des Imperialismus

vollzieht sich in folgenden Expansionsrichtungen: Erringung und Behauptung von internationalen Spitzenpositionen in der Hochtechnologie gegenüber Japan und den USA, Ausbau ihrer Hegemonie mittels des einheitlichen EG-Binnenmarktes und innerhalb der NATO, Neuaufteilung der Einflußsphären in Asien, Afrika und Lateinamerika, Ausbau ihrer Rolle als stärkster kapitalistischer Handelspartner der sozialistischen Staaten.

Der Widerstand immer breiterer Kreise der Bevölkerung gegen den Kurs der nuklearen Aufrüstung, die Unzufriedenheit über den fortschreitenden Abbau sozialer und demokratischer Rechte hat dazu geführt, daß gegenwärtig weder die Regierungskoalition noch die Opposition über eine Mehrheit bei den Wählern verfügen. Daher auch der von reaktionären Kreisen geförderte Aufstieg der Neonazis, wogegen alle Kräfte der Demokratie weltweit auftreten sollten.

Eine dauerhafte Friedenssicherung in Europa erfordert die Einbeziehung der BRD. Das verlangt ihr gegenüber auch

weiterhin eine koordinierte Politik. Offensichtlich gewinnen jetzt intensivere Anstrengungen besondere Bedeutung, um die BRD auf dem Kurs der Achtung der territorialpolitischen Realitäten in Europa und der weiteren Entwicklung einer friedlichen Zusammenarbeit zu halten.

Was die Beziehungen zwischen der DDR und der BRD betrifft, so bemühen wir uns nach Kräften, die Bonner Regierung auf einen aktiven Beitrag zur friedlichen Koexistenz, Abrüstung und Entspannung festzulegen. Das bleibt zweifellos kompliziert. Seit meinem Besuch in der BRD im September 1987 gibt es durchaus positive Ergebnisse auf zahlreichen Gebieten, aber auch Störungen und Rückschläge. Vieles ist in Gang gekommen und geht in die richtige Richtung. Das anlässlich meines Besuches vereinbarte Gemeinsame Kommuniqué hat sich dafür als gute Grundlage erwiesen. Anknüpfend daran haben wir gegenüber der BRD den Kampf um Frieden, Abrüstung und Entspannung in den Mittelpunkt gestellt.

Ich habe mich in mehreren Briefen an Kohl gewandt. Wir haben eine Begegnung der Verteidigungsminister vorgeschlagen. Aktiv verfolgen wir mit der CSSR und der VR Polen unsere

PP

Initiativen (atomwaffenfreier Korridor, chemiewaffenfreie Zone, Zone des Vertrauens und der Sicherheit) weiter. Große Aufmerksamkeit widmen wir in diesem Zusammenhang weiterhin dem Zusammenwirken mit der SPD. Ich möchte die Genossen darüber informieren, daß Vogel bei meinem Gespräch im Mai unseren Vorschlag akzeptierte, mit der SED eine politische Initiative zur Erreichung einer dritten Null-Lösung bei taktischen Kernwaffen in Mitteleuropa auszuarbeiten.

Aber auch angesichts dieser Fortschritte ist Euphorie nicht angebracht. Die herrschenden Kreise der BRD haben das Ziel nicht aufgegeben, soziale und territoriale Revanche für die Niederlage im zweiten Weltkrieg zu nehmen. Ein jüngstes Beispiel ist das Auftreten von zwei Ministern der Regierung der BRD, mit dem sich im Namen der Bundesregierung Pressesprecher Klein solidarisierte, auf dem "Schlesier-treffen" in Hannover. Frisch und frei erklärten sie, daß das "Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 weiterbesteht". Sie wollen sich auch mit dem Sozialismus auf deutschem Boden nicht abfinden. Es gibt zunehmende Einmischungsversuche, Verleumdungen, Druckausübung, um in der DDR "Reformen" im Sinne einer Systemveränderung in Gang zu bringen. Dazu dient die NATO-Kampagne gegen die "Mauer", gegen das Grenz-

regime der DDR. In diese konzertierten Einmischungsversuche und Verleumdungen gegen die Partei- und Staatsführung der DDR ordnen sich immer mehr auch Kräfte der SPD ein. Wir weisen all dies entschieden zurück.

Immer größeres Gewicht in der internationalen Klassenaus-einandersetzung erhalten die Menschenrechte. Die Fortschritte, die wir auf diesem Gebiet erreicht haben, sprechen für sich. Nach unserer Überzeugung bleibt jedoch entscheidend, daß wir den Werten und Vorzügen des Sozialismus in dieser Auseinandersetzung viel stärker Geltung verschaffen und verhindern, daß das Menschenrechts-Instrumentarium zur Unterminierung des Sozialismus mißbraucht wird. Wir bestreiten nicht die beachtlichen Fortschritte, zu denen imperialistische Staaten auf wissenschaftlich-technischem Gebiet in der Lage sind. Aber nur der Sozialismus kann die Probleme, die aus der sprunghaften Entwicklung der Produktivkräfte resultieren, im Interesse des Menschen, der Regelung globaler Probleme lösen.

Das sowie eine wirksame Entlarvung der imperialistischen Menschenrechtsdemagogie sollten wir in den Mittelpunkt

rücken und zugleich stärker die Einheit von politischen und sozialen Menschenrechten, ihre gegenseitige Bedingtheit betonen. Hier können wir mit unserer gegenwärtigen Arbeit nicht zufrieden sein. Ich mache kein Hehl daraus, daß wir es für falsch halten, sich auf internationalen Foren für die Menschenrechtslage bei jenen zu entschuldigen, die die Grundfreiheiten und -rechte der Menschen mit Füßen treten und davon durch massive Hetze gegen uns ablenken möchten.

Natürlich sind wir für einen konstruktiven Dialog zu humanitären Fragen. Er darf jedoch nicht einer Einmischung in innere Angelegenheiten Vorschub leisten. Grundlage jeder gleichberechtigten Zusammenarbeit auch auf diesem Gebiet muß die strikte Achtung des Prinzipienkatalogs von Helsinki einschließlich des Rechts jedes Staates, seine Gesetze und Verordnungen, seine Politik und Praxis selbst zu bestimmen, bleiben. Wir halten auch nichts von der Rückbesinnung auf "Werte" des Kapitalismus. Für uns sind unzweifelhaft die Werte des Sozialismus entscheidend. Sie gibt es in jedem unserer Länder, und sie weiter zu formen, ist unsere Aufgabe.

Von großer Bedeutung wäre es nach wie vor, würden unsere Staaten die Erfahrungen des Wiener KSZE-Treffens wie seiner ersten Nachfolgekonferenzen in London und Paris zielstrebig gemeinsam auswerten, um ein weitgehend einheitliches Auftreten unserer Staaten auf künftigen Verhandlungsforen zu erreichen. Das würde es dem Westen auch nicht gestatten, Meinungsverschiedenheiten in unserem Bündnis zur Differenzierung zu nutzen.

Bei der Lösung regionaler Konflikte gibt es bestimmte positive Entwicklungen. Dafür hat unser Bündnis, hat besonders die Sowjetunion nicht wenig getan. Das findet unsere volle Unterstützung. Das betrifft vor allem Afghanistan, aber auch Kampuchea, die Konfliktregelung im Süden Afrikas und andere Brennpunkte. Wie nicht anders zu erwarten, bleiben diese Konflikte außerordentlich brisant, schwer berechenbar. Gegenläufige Entwicklungen dauern an, die auch in Zukunft die internationale Sicherheit gefährden können. Wir halten es für erforderlich, in unseren Gremien regelmäßig unsere Gedanken dazu auszutauschen und mögliche neue Schritte zu erörtern.

Das betrifft auch die weitere Behandlung globaler Probleme, die unaufhaltsam an Bedeutung zunehmen und deren Lösung nur durch gemeinsame Anstrengungen aller Staaten möglich ist. Wir sollten überlegen, ob wir nicht ähnlich wie zu den Problemen der Unterentwicklung und der Ökologie auch zu Fragen der Bekämpfung des Hungers, der Verschuldung, der Energiegewinnung und anderen unseren gemeinsamen Standpunkt formulieren und veröffentlichen.

Die vor uns stehenden Aufgaben sind, da stimmen wir mit den Genossen aller Bruderstaaten überein, nur zu lösen, wenn wir die internationale Position des Sozialismus konsolidieren. Das ist unseres Erachtens eng verbunden

- mit der Stärkung des Sozialismus in jedem unserer Länder,
- mit der Entwicklung der bi- und multilateralen Zusammenarbeit zwischen unseren Staaten,
- mit der Erhöhung der Ausstrahlungskraft, der Attraktivität unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung in der internationalen Arena.

Jede Bruderpartei bestimmt selbst in Wahrnehmung ihrer Verantwortung vor dem eigenen Volk ihre Politik und ihren Kurs. Das darf aber zu keiner Abkehr vom internationalistischen Gehalt unserer Politik, von unserer gegenseitigen Solidarität führen. Es darf uns nicht aus der Verantwortung lösen, die wir mit dem Eintritt in den Warschauer Pakt übernommen haben: Stärkung des Sozialismus, gegenseitige Solidarität, Verteidigung des Friedens.

In der DDR stützen wir uns beim Aufbau des Sozialismus auf den vom XI. Parteitag der SED beschlossenen Kurs, der auf wirtschaftliches Wachstum, politische und soziale Stabilität gerichtet ist. Diesen Zielen sind alle Veränderungen politischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Art, die wir heute und in Zukunft vornehmen, untergeordnet. Für uns war und ist der Kurs der Kontinuität und Erneuerung von entscheidender Bedeutung für die Lebenskraft des Sozialismus. Die Festigung der führenden Rolle der Partei ist unerlässlich für die weitere Stärkung des Sozialismus, die erfolgreiche Verwirklichung der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, kurz und gut, für die Stärkung der Arbeiter-und-Bauern-Macht. Wir betrachten die Gestaltung der

entwickelten sozialistischen Gesellschaft mit Recht als einen historischen Prozeß tiefgreifender politischer, ökonomischer, sozialer und geistig-kultureller Wandlungen.

Den bevorstehenden 40. Jahrestag der DDR sehen wir als ein wichtiges Ereignis im gesellschaftlichen Leben, als einen gemeinsamen Feiertag der Völker unserer Gemeinschaft an. Bei der Vorbereitung des XII. Parteitages der SED, der im Mai kommenden Jahres stattfinden wird, arbeiten wir intensiv an einer langfristigen Konzeption für den weiteren sozialistischen Aufbau in der DDR auf den verschiedensten Gebieten. Es findet auch unsere Zustimmung, in Zukunft intensiver als bisher gemeinsam bestimmte Aspekte der Entwicklung in unseren Staaten, Fragen ihrer Zusammenarbeit sowie Möglichkeiten des gemeinsamen Auftretens nach außen, darunter auch gegenüber Westeuropa, zu erörtern. Das könnte auf höchster und hoher Ebene in unseren Beratungen, auf Treffen von Mitgliedern der Partei- und Staatsführungen, aber auch in Gremien führender Wissenschaftler geschehen.

Was den RGW betrifft, so sind wir für die allseitige Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration und dafür, die Rolle und Autorität des Rates in unseren

ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen wesentlich zu erhöhen. Dabei konzentrieren wir unsere Anstrengungen auf die Realisierung der Aufgaben in den Beschlüssen der 43. und 44. Ratstagung.

Genugtuung empfinden wir darüber, daß unsere Staaten in ihrer politischen Zusammenarbeit sowohl auf bi- als auch multilateraler Ebene vorangekommen sind. Dabei wurden auch in den bilateralen Beziehungen Probleme geklärt, von denen Belastungen ausgingen. Dazu hat die DDR ihren Beitrag geleistet.

Wir treten ein für die Wahrung und Festigung der Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Bruderländer auf der Grundlage des Warschauer Vertrages vom 14. Mai 1955. Eine wesentliche Frage sehen wir darin, durch die stärkere Einbeziehung konzeptioneller Überlegungen, also durch Konzentration auf die inhaltliche Arbeit, die Effektivität und Wirksamkeit des bestehenden Mechanismus zu erhöhen. Die Tagungen der Außenminister und der Verteidigungsminister sowie der ZK-Sekretäre sind eine bewährte Einrichtung.

Wir erachten es für notwendig, einen größeren zeitlichen Vorlauf bei der Abstimmung unserer gemeinsamen strategischen Ziele und taktischen Aufgaben zu erreichen, eine

regelmäßige Überprüfung der Wirksamkeit der kollektiven wie nationalen Initiativen vorzunehmen. Aus diesem Grunde wäre es vorteilhaft, ein Ständiges Politisches Arbeitsorgan unseres Bündnisses zu schaffen, das die Koordinierung unseres außenpolitischen Vorgehens schnell sichern kann und damit das internationale Gewicht des Warschauer Vertrages besser zur Geltung bringt. In gleicher Richtung könnte die Stärkung der Rolle des Generalsekretärs wirken.

Wir sollten mehr darüber nachdenken, wie unser Bündnis international besser wirken kann. Dokumente wie der kürzliche Appell an die NATO-Staaten sollten nicht einmalig bleiben. Aus unserer Sicht gewinnt, auch im Lichte zunehmender westlicher Differenzierungspolitik, Bündnis-solidarität heute größere Bedeutung. Ganz abgesehen davon, daß sich das auch auf die Öffentlichkeit in unseren Staaten auswirkt.

Abschließend möchte ich Genossen Nicolae Ceausescu und unseren rumänischen Gastgebern recht herzlich für ihre Gastfreundschaft und die ausgezeichneten Arbeitsbedingungen danken, die wir hier in Bukarest gefunden haben.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.